

---

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XI
Erster Teil: Grundbegriffe. ....	1
A. Was ist Vergaberecht und wozu dient es? .....	1
B. Was ist ein Vergabeverfahren? Was ist ein Vergabe- nachprüfungsverfahren? .....	2
C. Was ist ein öffentlicher Auftrag? .....	2
D. Wer ist öffentlicher Auftraggeber? .....	4
Zweiter Teil: Entstehung und Entwicklung des Vergaberechts .....	9
A. Ursprüngliche Gestalt des Vergaberechts in Deutschland .....	9
B. Weiterentwicklung des Vergaberechts in Deutschland .....	11
I. Vergaberichtlinien der Europäischen Union .....	11
II. Schwellenwerte .....	13
III. Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien in Deutschland .....	14
1. Erster Umsetzungsversuch 1990 .....	14
2. Zweiter Umsetzungsversuch: Die „haushaltsrechtliche Lösung“ .....	17
3. Das Vergaberechtsänderungsgesetz (VgRÄG) 1999. ....	19
4. Die Zweiteilung des Vergaberechts in Deutschland. ....	21
C. Modernisierung des Vergaberechts .....	24
Dritter Teil: Vergaberechtliche Grundsätze .....	29
A. Wettbewerbsgrundsatz .....	31
B. Transparenzgebot .....	31
C. Gleichbehandlungsgrundsatz/Diskriminierungsverbot .....	32
D. Berücksichtigung mittelständischer Interessen .....	32
E. Eignung der Unternehmen .....	33
F. Zuschlagskriterium des wirtschaftlichsten Angebots .....	34
G. Subjektive Bieterrechte .....	35

Vierter Teil: Die Auftragsarten und die Verdingungsordnungen . . . . .	37
Fünfter Teil: Vergabeverfahren. . . . .	41
A. Wahl des richtigen Vergabeverfahrens . . . . .	41
B. Ablauf eines Vergabeverfahrens . . . . .	45
I. Offenes Verfahren. . . . .	45
1. Bekanntgabe . . . . .	45
2. Angebotsphase . . . . .	46
3. Eignungsprüfung und Angebotswertung . . . . .	47
4. Zuschlag/Vertragsschluss . . . . .	47
II. Unterschiede im nationalen Vergabeverfahren der öffentlichen Ausschreibung . . . . .	49
III. Nichtoffenes Verfahren . . . . .	50
IV. Unterschiede im nationalen Verfahren der beschränkten Ausschreibung. . . . .	52
V. Verhandlungsverfahren . . . . .	53
VI. Unterschiede im nationalen Verfahren der freihändigen Vergabe . . . . .	57
VII. Wettbewerblicher Dialog . . . . .	58
Sechster Teil: Vergaberechtlicher Rechtsschutz . . . . .	61
A. Rechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte. . . . .	62
I. Primärrechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte . . . . .	62
1. Vergabenachprüfungsverfahren . . . . .	62
2. Gemeinschaftsrechtlicher Rechtsschutz . . . . .	66
II. Sekundärrechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte . . . . .	66
B. Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	67
I. Primärrechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	67
1. Rüge, Aufsichtsbeschwerde, VOB-Stellen . . . . .	67
2. Primärrechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten . . . . .	69
3. Primärrechtsschutz vor den ordentlichen Gerichten . . . . .	70
II. Sekundärrechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	71
Siebter Teil: Die De-facto-Vergabe. . . . .	73
A. Problemstellung . . . . .	75
B. Nichtigkeit eines de facto vergebenen Vertrages . . . . .	76
I. § 138 BGB. . . . .	76
II. § 134 BGB . . . . .	78

III. § 13 Satz 6 VgV . . . . .	79
1. Unmittelbare Anwendung des § 13 VgV . . . . .	79
2. Analoge Anwendung des § 13 VgV . . . . .	80
C. Rechtsschutzfragen bei der De-facto-Vergabe . . . . .	83
I. Statthaftigkeit eines Nachprüfungsantrags und Antrags- befugnis . . . . .	83
II. Rügeobliegenheit des § 107 Abs. 3 GWB. . . . .	83
III. Frist für Nachprüfungsanträge . . . . .	84
Achter Teil: Das In house-Geschäft . . . . .	87
A. Problemstellung . . . . .	87
B. Rechtsprechung des EuGH . . . . .	89
I. Teckal . . . . .	89
II. Stadt Halle . . . . .	90
III. Gemeinde Mödling . . . . .	92
IV. Parking Brixen . . . . .	94
V. Carbothermo (Gemeinde Busto Arsizio). . . . .	95
VI. Transformación Agraria SA („Tragsa“) . . . . .	96
VII. Aktueller Stand der Überlegungen . . . . .	97
C. Bekanntmachungspflicht. . . . .	99
Neunter Teil: Die sogenannten „vergabefremden“ Kriterien . . . . .	105
A. Einführung . . . . .	105
B. Umweltaspekte im Vergabeverfahren . . . . .	107
C. Soziale Aspekte im Vergabeverfahren . . . . .	111
Zehnter Teil: Interkommunale Zusammenarbeit und Vergaberecht . . . . .	115
A. Problemstellung . . . . .	115
B. Rechtsprechung des EuGH . . . . .	115
C. Formen der interkommunalen Zusammenarbeit . . . . .	116
I. Öffentlich-rechtliche Kooperationsformen . . . . .	117
1. Gemeinsame kommunale Anstalt . . . . .	118
2. Zweckvereinbarung . . . . .	119
3. Zweckverband . . . . .	119
4. Beteiligung Privater . . . . .	120
5. Zusammenarbeit auf öffentlich-rechtlicher Basis außerhalb des NKomZG. . . . .	120
II. Privatrechtliche Organisationsformen . . . . .	121

D. Vergaberechtliche Beurteilung der interkommunalen Zusammenarbeit . . . . .	121
Elfter Teil: Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Vergaberecht . . . . .	125
A. Einführung/Problemstellung . . . . .	125
B. Pro und Contra . . . . .	128
C. Rechtliche Rahmenbedingungen/Grenzen der Privatisierung öffentlicher Aufgaben . . . . .	129
I. Beispiel: Materielle Privatisierung der Deutsche Flug- sicherung GmbH. . . . .	129
II. Beispiel: Betrieb von Justizvollzugsanstalten durch private Unternehmen . . . . .	131
III. Rechtliche Beurteilung. . . . .	132
1. Rechtsstaatsprinzip . . . . .	132
2. Sozialstaatsprinzip . . . . .	132
3. Demokratieprinzip . . . . .	133
4. Funktionsvorbehalt für Beamte . . . . .	133
5. Die rechtliche Verantwortungszuweisung in § 155 Abs. 1 Strafvollzugsgesetz . . . . .	135
6. Fazit . . . . .	135
D. Public Private Partnership und Vergaberecht . . . . .	136
I. Allgemeines . . . . .	136
II. Wahl des Vergabeverfahrens . . . . .	137
III. Ablauf des Wettbewerblichen Dialogs . . . . .	139
1. Überblick . . . . .	139
2. Details . . . . .	140
a. Teilnahmewettbewerb . . . . .	140
b. Dialogphase . . . . .	140
c. Angebotsphase . . . . .	142
Literaturverzeichnis . . . . .	145